

THE WALL STREET SPECIAL



Podiumsdiskussion

Die Mainstream-Ökonomie wird herausgefordert.

Artikel auf Seite 3



Big Apple

NYC ist eine Stadt, künstlich, laut, gefährlich wie Kokain.

Artikel auf Seite 5



Durchlauferhitzer

Die Investmentbanken von der Wall Street machen nicht nur Geschäfte, sondern auch Politik.

Artikel auf Seite 8

KOLUMNE

the
public eye
on Davos
[NEW YORK]

Ideen und Projekte für eine andere Welt

Vier Tage lang «Public Eye on Davos» in New York. In einer Stadt, die normalerweise weder über «Entschleunigung» nachdenkt noch ein besonders soziales Herz hat.



EvB-Team in New York. Von links: Christine Eberlein, Andreas Missbach, Angela Castagna Reif, Matthias Herfeldt (Koordinator der Public-Eye-Konferenz).

Der Entscheid, das World Economic Forum (WEF) auch nach dem Wegzug von Davos vor seiner Haustüre mit Alternativen zu konfrontieren, bedeutet fürs Public-Eye-Team den Sprung ins kalte Wasser. Würde das, was im Bergkurort durchführbar war, auch im mächtigsten Finanzzentrum der Welt möglich sein?

Ja! Und wie. Das Public Eye ist gewachsen. Wir organisierten neun Diskussionsveranstaltungen im UNO-Kirchzentrum in New York, die alle gut besucht waren, insgesamt kamen mehr als 1500 Zuschauerinnen und Zuschauer. Und es wurde diskutiert. Nicht nur auf den Podien, für die aus allen fünf Kontinenten 40 Rednerinnen und Redner angereist waren, sondern auch im Publikum.

Das Public Eye festigte die Zusammenarbeit mit dem Weltsozialforum in Porto Alegre. Mit Marcelo Lucca kam ein Botschafter des Weltsozialforums zu uns.

Einer der vielen Höhepunkte war die Schlussdiskussion. Wir freuten uns sehr, dass daran auch die neue Generalsekretärin von Amnesty International teilnahm und die Offenheit und die Qualität unseres Podiums lobte. «Eine solche Diskussion», sagte Irene Khan, die selbst am WEF teilgenommen hat, «wäre dort nicht denkbar.»

Die kürzeste, prägnanteste und poetischste Bilanz stammte von Yash Tandon vom International South Group Network aus Zimbabwe: «Wir haben am Public Eye auf zwei unterschiedlichen Ebenen diskutiert. Auf einer technischen Ebene, beispielsweise derjenigen der WTO-Abkommen, wo wir die Details kennen und um Sätze kämpfen müssen. So können wir Schilder aufbauen, um die Menschen vor neuen Liberalisierungsrunden zu schützen. Und wir haben von den Samen der Zukunft gesprochen. Wir brauchen viele solche Samen – Ideen und konkrete Projekte. Wir müssen heute schon eine andere Welt ausprobieren. Denn wenn die «Titanic» sinkt, werden viele Schiffe kommen, kleine und grosse, um die Menschen aufzunehmen.»

Ihr EvB-Public-Eye-Team

Warum ein «Wall Street Special»

«The Public Eye on Davos», die von der entwicklungspolitischen Organisation Erklärung von Bern (EvB) koordinierte Parallelkonferenz zum World Economic Forum (WEF), fand dieses Jahr, vom 30. Januar bis zum 3. Februar, anstatt in Davos im UNO-Kirchzentrum in New York statt. An der dritten Public-Eye-Konferenz stellten Frauen und Männer aus allen Kontinenten Alternativen zur Globalisierung der mächtigsten Konzerne vor. (Mehr Informationen zur Public-Eye-Konferenz auf Seite 6.)

Die EvB ärgert sich immer wieder darüber, dass die kritischen Inhalte der Public-Eye-Veranstaltungen von den Medien kaum zur Kenntnis genommen werden (mit der löblichen Ausnahme der zweitältesten Wochenzeitung der Schweiz). Die «Sonntagszeitung» beispielsweise klatete der EvB zwar den Titel der Dokumentation über das WEF in New York, verlor aber kein Wort über deren kritischen Inhalt.

Also: Grund genug für die EvB, eine eigene Zeitung zu drucken, um über die Diskussionen in New York zu berichten. Doch woher rührt der Name «Wall Street Special»?

Die EvB erlaubte sich, die «Wall Street» (zu Deutsch: Wand- oder Mauer-Strasse) als Synonym für Manhattan zu verwenden, obwohl das Public Eye sowie das WEF einige U-Bahn-Stationen von der Wall Street entfernt



EvB-Mitarbeiter Andreas Missbach bläst zum Auftakt. Pressekonferenz des Public Eye in New York, 31. Januar 2002.

tagten. Hinzu kommt, dass «The Wall Street Journal» eine der führenden Wirtschaftszeitungen der Welt ist, die einseitig die Weltsicht der Wirtschaftsführer verbreiten. Unser «Spe-

cial» beleuchtet die andere Seite. Schliesslich ist die «Wall Street» auch ein Symbol für eine ganz besondere Sorte von Banken, die wir in dieser Zeitung genauer unter die Lupe nehmen.

am

Tenor am Public Eye: Schluss mit dem Spiel ohne Grenzen

Transnationale Unternehmen müssen transparenter werden und Verantwortung übernehmen. Deshalb brauchen sie mehr Kontrolle und Regeln.

Stichwort Verantwortung: In der indischen Stadt Bhopal führte 1984 Schlampe in einer veralteten Anlage des US-Multis Union Carbide und wissentliche Missachtung von Sicherheitsnormen zum schlimmsten Chemieunfall in der Geschichte. Sathyu Sarangi aus Bhopal berichtete am Public Eye über das Schicksal der Überlebenden. Die Katastrophe traf eine halbe Million Menschen. 8000 verloren ihr Leben, noch heute sterben jeden Monat 30 Menschen an den Spätfolgen des Unfalls. Tödliche Krankheiten wie Krebs und Tuberkulose sind in Bhopal viermal häufiger als sonst in Indien. Die Unfallstelle wurde nie korrekt gesäubert, das Wasser für mehr als 20 000 Menschen ist stark mit Schwermetallen und Giften verseucht. Weder die verantwortliche Firma Union Carbide noch die beteiligten Manager wurden für die Katastrophe zur Rechenschaft gezogen. Dow Chemical, die Firma, die Union Carbide kaufte, brachte kürzlich in Indien ein Produkt als «harmlos für Mensch und Tier» auf den Markt, nachdem dieses in den USA wegen gefährlicher Substanzen verboten worden war.

Stichwort Transparenz: Die Bankrott gegangene US-Energiehandelsfirma Enron hat sich rechtsfreie Räume geschaffen. Der Recherchierjournalist Greg Palast zeigte am Public Eye auf, wie Enron mit grosszügigen Wahlkampfspenden mithalf, den Energiemarkt zu deregulieren. Zudem schaffte es die Firma, die Regulierungsstandards abzuschwächen, damit Enrons Machenschaften nicht kontrolliert wurden. Enron manipulierte Umsatzzahlen und jagte so den Aktienkurs in die Höhe.

Kurz bevor der Schwindel aufflog, verkauften die Topmanager – alles regelmässige WEF-Besucher – ihre Enron-Aktien und kassierten Millionen ab. Die ArbeiterInnen und Angestellten hingegen verloren alles, sogar ihre Pensionskassengelder. Enron spannte die Politiker auch für ihre Geschäfte in Afrika ein, wie Thelma Awori, Exdirektorin des UNO-Umweltprogramms für Afrika, erzählte. Der US-Botschafter in Moçambique drohte, dass die USA 100 Millionen Dollar Entwicklungshilfegelder nicht mehr verantworten könnten, sofern die Regierung der Firma Enron nicht erlaube, die reichen Ölfelder vor der Küste auszubeuten.

Stichwort Regeln: Clare Joy von World Development Movement in England stellte eine entscheidende Frage zum Verhalten der Konzerne im Süden: «Welche Regeln brauchen die Länder des Südens, damit Investitionen der Konzerne neue und gute Arbeitsplätze schaffen, damit den Kleinbauern faire Preise bezahlt werden, damit Frauen mehr verdienen und damit die Konzerne Steuern bezahlen?» Durch die bisherigen formellen und informellen Regeln der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Welthandelsorganisation (WTO) wurden diesen Ländern alle Mittel aus der Hand genommen, um gestaltend eingreifen zu können. Sie müssen die Mittel zurückerhalten, um das Richtige tun zu können.

Für Yash Tandon, Wirtschaftsprofessor aus Zimbabwe, geht es zuallererst darum, Mythen über die Investitionen der Konzerne im

Süden zu beseitigen. Es ist ein Mythos, dass Investitionen den Ländern Kapital bringen. Oft geben die Regierungen viel Geld aus für Infrastruktur und verzichten auf Steuern, um die Firmen anzuziehen, wie Marcelo Lucca aus Porto Alegre am Beispiel von Ford in Rio Grande do Sul aufzeigte (ausführlicher Bericht siehe Seite 2, Bundesrat-Besuch). Der Kapitalabfluss aus dem Süden ist bei einer Investition immer grösser als der Zufluss. Investiert wird dort, wo mehr herauszuholen als hereinzustecken ist. Der zweite Mythos besagt, dass Investitionen Technologien ins Land bringen. Nehmen wir als Beispiel einen Zulieferbetrieb in der Textilindustrie; dieser braucht eine Blechhalle und Nähmaschinen. Aber auch wenn modernere Maschinen eingesetzt werden, heisst das noch lange nicht, dass die lokalen MitarbeiterInnen Zugang zu diesen Technologien haben. Autofabriken beispielsweise bringen heutzutage ihre Zulieferfabrik mit Personal gleich mit. Sie kaufen nicht eine Schraube von einer lokalen Firma. Wird eine solche Zulieferfabrik geschlossen oder verlegt, bleibt nichts zurück als ein leeres Fabrikgelände. Der dritte und letzte Mythos verspricht Wachstum bei Investitionen: Es gibt zwar einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Investitionen und Wachstum. Doch es ist das Wachstum, das die Investitionen anzieht. Eine Wirtschaft wächst, wenn die Menschen gesund und gut ausgebildet sind. Regierungen sollten deswegen in erster Linie darum besorgt sein, ins eigene Land und in dessen Bevölkerung zu investieren.

am

Bundesrat-Besuch am Public Eye

Am Eröffnungspodium des Public Eye verlas Bundespräsident Kaspar Villiger eine Grussbotschaft. Die Organisatoren der alternativen Konferenz freuten sich über dieses Zeichen, hätten aber gerne mit Herrn Villiger über gemeinsame Ansichten und Meinungsverschiedenheiten debattiert. Leider hatte der Bundespräsident dafür keine Zeit. Mit folgendem Artikel wird dies teilweise nachgeholt.

ANDREAS MISSBACH

«Zwei Drittel der Menschen sind von den Chancen, wie wir sie in der industrialisierten Welt geniessen, ausgeschlossen. Es hungern immer noch zu viele Menschen, und an zu vielen Orten werden die Menschenrechte mit Füßen getreten.» Dieser Abschnitt aus der Rede von Kaspar Villiger könnte auch von einer Rednerin des Public Eye stammen. Jedoch nicht mit allen Aussagen sind die Public-Eye-Veranstalter mit ihrem Gast gleichermassen einverstanden: Die Globalisierung, so Kaspar Villiger, biete viele Chancen und habe Millionen von Menschen von Armut und Hunger befreit. Er ist der Meinung, dass die Globalisie-

rung Wohlstand schaffe und das Gefälle zwischen Armen und Reichen reduziere. Auch in diesem Punkt, so vermutete er in seiner Rede, seien sich WEF- und Public-Eye-BesucherInnen einig.

Die der Erklärung von Bern (EvB) vorliegenden Zahlen zeigen jedoch ein anderes Bild: Die Globalisierung hat weltweit die Wachstumsraten verringert. Das Pro-Kopf-Einkommen von 116 Ländern nahm in den Jahren vor der rasanten Globalisierung, das heisst von 1960 bis 1980, um 83 Prozent zu, von 1980 bis 2000 dagegen nur um 33 Prozent. In mehr als drei Vierteln der Länder nahm das Wachstum in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich ab, ebenso die Fortschritte bei der Lebenserwar-

tung. Die Statistiken der UNO sind eindeutig, seit 1960 nimmt der Unterschied zwischen reichen und armen Ländern kontinuierlich zu. Ebenso sind die Einkommensunterschiede innerhalb der Länder grösser geworden.

Der Bundespräsident bezeichnete die Globalisierung als «vom Motor des technischen Wandels angetrieben» und daher «objektiv irreversibel». Die EvB versteht die Globalisierung nicht als einen aufgezungenen Prozess, sondern als das Ergebnis einer ganz bestimmten Politik, die auch anders gestaltet werden kann. In den letzten zwei Jahrzehnten krepelten die Wirtschaftsführer die Welt in weiten Teilen völlig um: Zölle und andere Handelsschranken wurden abgebaut, der Kapitalmarkt liberalisiert und die internationalen Kapitalflüsse von allen Einschränkungen befreit. Die WEF-Teilnehmer haben diese Politik nach Kräften gefördert. Die Regierungen des Südens mussten sich an die Vorschriften des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank halten. Sie schraubten die Zinsen hoch, kürzten Staatsausgaben, privatisierten und strichen Subventionen. Die negativen Auswirkungen der Globalisierung sind im Wesentlichen eine Folge dieser Politik.

Natürlich gab es in den letzten zwanzig Jahren auch Entwicklungserfolge, vor allem in Indien und China. Diese beiden Länder befolgten aber die Rezepte des IWF, der Weltbank und der Welthandelsorganisation (WTO) viel weniger strikt als die Länder Lateinamerikas und Afrikas. China etwa verletzt eine ganze Reihe von Dogmen der Liberalisierer: Es hat beispielsweise eine strikte staatliche Aufsicht über das Bankenwesen und keine frei konvertierbare Währung. China ist der WTO eben erst beigetreten, und sowohl in China als auch in Indien begann die Zunahme des Wachstums, lange bevor sie sich dem Aussenhandel stärker öffneten.

Falsche strategische Erfordernisse

Gar nicht einverstanden ist die EvB mit den «strategischen Erfordernissen», die Herr Villiger erwähnt hat und die teilweise aus dem alten Rezeptbuch der Globalisierer stammen. Villiger forderte «die weitere Liberalisierung der Märkte» und begrüsst die Ergebnisse der WTO-Konferenz in Doha. Die Entwick-

lungsländer jedoch warten nach wie vor auf die versprochenen Vorteile früherer Liberalisierungsrunden. Liberalisierung als einfaches Rezept für das Wohl aller Menschen hält auch der fachlichen Kritik nicht stand. Die Wirtschaftsprofessoren Francisco Rodriguez und Dani Rodrik der Universitäten Maryland und Harvard überprüften die meistzitierten Studien, die sich für eine liberale Handelspolitik aussprechen. Sie fanden viele methodische Fehler, aber keinen Beweis, dass eine liberale Handelspolitik das Wirtschaftswachstum fördert: «Wir sind tatsächlich skeptisch, ob es überhaupt ein eindeutiges, unzweifelhaftes Verhältnis zwischen Marktöffnung und Wirtschaftswachstum gibt.» Keine ernst zu nehmende Stimme in der globalisierungskritischen Bewegung fordert nationale Abschottung. Nur zweifeln diese Stimmen daran, dass Liberalisierung als Entwicklungsstrategie für die Länder des Südens ausreicht.

Weiter fordert Herr Villiger ein besseres Investitionsklima in den Entwicklungsländern. Doch wie soll das verstanden werden? Die Realität sieht nämlich so aus, dass die Regierungen der Entwicklungsländer mit ihren knappen Mitteln die reichsten transnationalen Konzerne finanzieren. Die damalige bürgerliche Regierung des brasilianischen Bundesstaates Rio Grande do Sul, so berichtete Marcelo Lucca aus Porto Alegre am Public Eye, bot dem Automulti Ford für den Bau einer Autofabrik 200 Millionen Dollar Kredit, praktisch zum Nulltarif. Zudem versprach die Regierung, für 234 Millionen Dollar Strassen, Stromanschlüsse, Abwasserleitungen und sogar einen privaten Flughafen zu bauen. Hinzu kam eine Steuerbefreiung für fünfzehn Jahre. Die Zugeständnisse gingen so weit, dass die Regierung des Bundesstaates den Ford-Angestellten eine Kinderkrippe versprach, obwohl die brasilianische Verfassung Firmen mit mehr als hundert Angestellten verpflichtet, eigene Kinderkrippen zu unterhalten. Krippen für Ford-Angestellte statt Krippen für die Kinder in den Armenvierteln. Die bürgerliche Regierung wollte diesen Segen für Ford (ähnliche Verträge gab es auch mit General Motors, Dell Computers, Goodyear und Pirelli) finanzieren, indem sie die Wasserversorgung und die «Kantonalbank» von Rio Grande do Sul privatisierte. Zum Glück wurde die bürgerliche Regierung abgewählt, bevor sie den Vertrag mit Ford erfüllen konnte.

Solche Fälle von «Sozialpolitik für Unternehmen» kamen am Nachmittag des ersten Public-Eye-Tages auch an der Podiumsdiskussion über Exportrisikogarantien (ERG) zur Sprache. Herr Villiger hätte hier hören können, wie er als Finanzminister bei der ERG Geld sparen könnte und dafür erst noch den Applaus der NGOs erhalten würde. Doch dazu kam es leider nicht. Denn Herr Villiger hatte schon im Voraus angekündigt, dass er gleich nach seiner Rede, welche übrigens grösstenteils seiner Eröffnungsansprache am WEF entsprach, wieder Richtung Waldorf Astoria aufbrechen müsse. Dabei hatte Kaspar Villiger doch eben gesagt: «Dialog bedingt Rede und Zuhören. Letzterem wollte ich hier besondere Beachtung schenken.»



gm für EvB

Gleiche Ziele, unterschiedliche Rezepte: Bundespräsident Kaspar Villiger spricht am Eröffnungspodium der Public-Eye-Konferenz.

IMPRESSUM

EvB-Magazin-Sonderausgabe
1b/2002 Februar und
Beilage der WoZ vom 7. 2. 02
Auflage 48 000

HERAUSGEBERIN

Erklärung von Bern (EvB)
Quellenstrasse 25, Postfach
8031 Zürich
Telefon 01 277 70 00, Fax 01 277 70 01
info@evb.ch, www.evb.ch

REDAKTION

Andreas Missbach (am), EvB
Angela Castagna Reif (ac), EvB
Urs Sekinger (us), Solifonds
Constantin Seibt (cit), WoZ

SCHLUSSREDAKTION

Sibylle Spengler, Marianne Hochuli

FOTOS

Graham Morrison (gm), New York
Urs Sekinger, Porto Alegre

GESTALTUNG/PRODUKTION

Clerici Partner, Zürich

KORREKTORAT

Andrea Leuthold, Zürich

DRUCK

ROPRESS Genossenschaft Zürich

Das EvB-Magazin sowie Dokumentationen zu speziellen Themen erscheinen 5- bis 6-mal jährlich. EvB-Magazin-Abonnement: Fr. 35.- pro Kalenderjahr, EvB-Mitgliedschaft: Fr. 50.- pro Kalenderjahr (inkl. Abonnement EvB-Magazin und EvB-Dokumentation). PC 80-8885-4. Weitere Informationen, Abos und Mitgliedschaften unter 01 277 70 00, info@evb.ch, www.evb.ch

Ein Blick hinter die Kulissen

Angela Castagna Reif – EvB-Projektmanagerin, Computerspezialistin, graue Eminenz, die immer an alles denkt, was sonst vergessen geht – über die Arbeitsverhältnisse in New York.

ANGELA CASTAGNA REIF

«Welcome to Horizon», hiess uns die Automatenstimme freundlich willkommen, «internationale Anrufe nicht möglich.» Trotz angeblich USA-tauglichen Handys sowie Versicherungen unserer Telefongesellschaften, dass unsere mobilen Telefone auch in den Vereinigten Staaten funktionieren würden, war bald klar, dass es das Public-Eye-Team in New York nicht einfach haben würde. Die ganze Palette automatisierter Meldungen von «falsches Passwort», «Combox kann nicht abgehört werden» über «Netz überlastet, versuchen Sie es später noch einmal» bereitete uns schon auf der Fahrt vom Flughafen ins Hotel Unbehagen.

Müde von der Reise, erwartete uns statt der wunderschön gelegenen Blaukreuz-Unterkunft Seebühl in Davos das Habitat-Hotelzimmer. Klein, total überheizt und trocken, mit WC/Dusche am Ende des Ganges, inmitten der dauernden Polizeisirenen New Yorks gelegen.

Ja nu, schliesslich waren wir ja zum Arbeiten nach New York gekommen! Die zwei Qua-

dratmeter des improvisierten Arbeitsplatzes in einer Bürogemeinschaft bei einer uns freundlich gesinnten Nichtregierungsorganisation teilten wir zeitweise mit acht weiteren Personen. Es war mehr ein Übereinander als ein Miteinander oder, milde ausgedrückt, ein Durcheinander. Doch der versprochene High-speed-Internetanschluss liess Hoffnung auf eine schnelle und einfache Kommunikation mit dem Sekretariat Zürich aufkommen. Die Hoffnungen waren bald zunichte, als das Herunterladen des ersten von 118 E-Mails bereits drei Minuten dauerte... Nur nebenbei erwähnt sei der eineinhalbtägige Zusammenbruch unseres Webservers in Zürich und die deswegen angestauten 268 E-Mails. Ausweichen aufs Telefon? «Welcome to Horizon...»!

Das willkürlich funktionierende oder nicht funktionierende Festnetz-Telefon der privaten US-Telefongesellschaft, der totale Netzwerkzusammenbruch, als die Medien- und Programmunterlagen am Vorabend der Konferenzöffnung gedruckt werden sollten, liessen die Erkenntnis aufkommen, dass die Tücken

der Technik nur mit einer gesunden Portion Galgenhumor zu überstehen seien.

Selbstverständlich hatten wir uns nicht nur mit technischen Hürden herumzuschlagen, sondern auch mit drei gebrochenen Rippen einer EvB-Mitarbeiterin zwei Tage vor ihrer Abreise. Mit diversen grippeverseuchten Team- und zurückgelassenen Familienmitgliedern. Mit den Sicherheitskräften, die uns kurzfristig den gemieteten Raum für die Medienkonferenz verweigerten. Mit den Strassenkontrollen der rund 4000 Polizisten. Mit dem absoluten Verkehrschaos aufgrund der grosszügigen Absperrung für ein sicheres Waldorf Astoria. Und auch mit dem Wetterumschwung von frühlinghaften zu eisig kalten Temperaturen. Doch wir haben – trotz allem – wunderbare Menschen kennen gelernt, viel gelacht, einiges gelernt, erstaunlich wohlwollende und unterstützende Medienberichterstattung erfahren. «The Public Eye on Davos» in New York: Wir hoffen, einer besseren Welt ein Schrittchen näher gekommen zu sein.

Der Markt spielt Krieg

Mit dem Umzug des Public Eye nach New York wurden neue Themen ins Programm aufgenommen. So befasste sich die Schlussdiskussion mit dem Geschäft des Krieges und der globalen Wirtschaft.

Bill Hartung vom World Policy Institute nannte zwei Geschäftsarten mit dem Krieg. Die eine ist der militärisch-industrielle Komplex der USA. Rüstungsgelder und nicht nur die «Marktkräfte» haben die industrielle Struktur der USA geprägt. Hier tummeln sich die Multis der Kriegsindustrie. Daneben spielt das «Kleingeschäft» eine wichtige Rolle: Kriege von Rebellenarmeen, die vielleicht irgendwann ein politisches Ziel hatten, jetzt aber vor allem von der Kontrolle über Rohstoffe leben. In vielen Konflikten in Afrika und Asien haben diese Rohstoffe, die in den ganz normalen Wirtschaftskreislauf einfließen, eine zentrale Bedeutung. Die angolische Unita-Truppe zum Beispiel wurde im Kalten Krieg von der CIA finanziert, weil sie gegen die sozialistische Regierung kämpfte. Heute verdient sie mit dem Verkauf von Diamanten zehnmal mehr, als die damaligen CIA-Gelder ausmachten. Beide Geschäftsmodelle, so Bill Hartung, kamen in Afghanistan zum Ausdruck, wo die hochgerüstete US-Armee mit der Miliz zusammenarbeitete, deren Haupteinnahmequelle Schlafmohn als Rohstoff für Heroin ist.

Seit dem 11. September gebe es eine Militarisierung des Diskurses über Globalisie-

rung, sagte Professor Tom Reifer von der Universität Kalifornien. Globalisierung und Militär gehörten schon lange zusammen. Die Rüstungsindustrie habe ihre Bedeutung in den USA gleichzeitig mit dem Aufstieg des Landes zur Weltmacht im Ersten Weltkrieg erlangt. «Geschichte ist kein Thema im Waldorf Astoria», sagte Reifer. Er bezeichnet die USA als «permanente Kriegswirtschaft» und nennt als Beispiel den Flugzeughersteller Boeing. Dieser gebe offen zu, dass er die Rüstungsgelder als Konjunkturpuffer brauche, wenn das Geschäft mit zivilen Flugzeugen lahmle.

Emmy Hafild von der Umweltorganisation Walhi in Indonesien zeigte, wie Konflikte, die als Regional- oder «Stammeskonflikte» daher kommen, mit transnationalen Konzernen verhängt sind. Gleich nachdem Diktator Suharto mit Hilfe der CIA in Indonesien an die Macht gekommen war, eröffnete ein US-amerikanischer Konzern die «Freeport»-Goldmine in West-Papua. Die Mine brachte einen «Zusammenprall der Kulturen», der die sozialen Strukturen der indigenen Bevölkerung der Region zerriss. Nachdem sich Widerstand gegen Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen geregt hatte, wurde die Provinz

brutal militärisch unterdrückt. Ganz ähnlich ist die Situation in Aceh, Indonesien, wo die US-Multis Exxon, Mobil und Bechtel einen riesigen Industriekomplex hinpflanzten.

Die neue Generalsekretärin von Amnesty International, Irene Khan aus Bangladesch, sagte, dass jede Sicherheitsdiskussion bei der Feststellung beginnen müsse, dass der Staat in vielen Ländern die individuelle Sicherheit der Individuen bedroht. Es gibt keine international anerkannte Definition von Terrorismus. Je nach Einschätzung einer Regierung handelt es sich um Terrorismus oder um eine Befreiungsbewegung. Seit die USA den Krieg gegen den Terrorismus ausgerufen haben, dokumentierte Amnesty in über sechzig Fällen, wie bürgerliche Freiheiten eingeschränkt und Oppositionelle härter angefasst wurden.

«Auch die offizielle Entwicklungshilfe wird militarisiert und von einer Teilnahme am Antiterrorkrieg abhängig gemacht», ergänzte Emmy Hafild. «Das indonesische Volk ist eben erst seine Generäle losgeworden, jetzt wollen sich die Militärs mit dem Terrorkrieg wieder installieren.» *am*



Panel «The new business of war», 3. Februar 2002. Von links: Prof. Tom Reifer, Universität Kalifornien, Irene Khan, Generalsekretärin Amnesty International, Bill Hartung, World Policy Institute.



Emmy Hafild, Walhi/Friends of the Earth Indonesia.

Theorie kann Spass machen: Die dissidenten Ökonomen

Australien hat nicht nur eine einmalige Tierwelt, es bringt auch Wirtschaftswissenschaftler hervor, die über unerhörte Dinge berichten können. Die Ökonomen Steve Keen und Graham Dunkley sprachen an der Public-Eye-Konferenz vor grossem Publikum über ihre Wissenschaft. Und die BesucherInnen hörten gebannt zu.

Steve Keen präsentierte eine perfekt gestylte Computerpräsentation. Damit nahm er den Zuhörenden die Angst vor den Grafiken, mit denen traditionelle Ökonomen ihre Artikel und Bücher voll pflastern. Leider kann nur ansatzweise erzählt werden, wie Linien und Kurven auf der Projektionsfläche auftauchten und Keen seine Argumentensalven abfeuerte. Ziel seiner Demontage war das Theorem der «komparativen Vorteile» – laut einer Publikation aus dem Hause Couchepin «nach wie vor die wichtigste Erklärung für die Vorteilhaftigkeit von Freihandel».

«Nach wie vor» ist in diesem Zusammenhang angebracht, denn die Idee hat schon arg viel Staub angesetzt. Ihr Erfinder David Ricardo lebte von 1772 bis 1823. Ricardo nahm zwei Länder – Portugal und England –, die zwei Produkte, nämlich Wein und Tuch, herstellten, als Beispiel. Portugal war damals in der Herstellung beider Produkte erfolgreicher als

England. Laut Ricardo würden nun beide Länder vom Handel profitieren, wenn Portugal nur noch Wein und England nur noch Tuch produzieren würde.

Seit zweihundert Jahren haben zahlreiche Ökonomen mit dem Ansatz des komparativen Vorteils gearbeitet. Der Glaubenssatz wird mit immer neuen Beispielen illustriert, heute zum Beispiel mit den USA und Mexiko, die beide Personal Computer und Schuhe produzieren. Gemäss der Theorie soll sich jetzt Mexiko auf Schuhe und die USA auf PCs spezialisieren.

An dieser Stelle wandte sich Steve Keen mit der Frage ans Publikum: «Haben Sie schon einmal eine Schuhfabrik gesehen, die Computer herstellt, oder tragen Sie vielleicht gerade Schuhe eines früheren Computerfabrikanten?» In der Theorie mag nämlich Ricardos Ansatz funktionieren, in der Praxis jedoch entstehen durch eine solche Umstellung enorme Anpassungskosten.

Graham Dunkley pflegte mit seinem Referat den klassischen Stil und verteilte dem Publikum ein verständliches Manuskript. Er ging auf einen weiteren Punkt der Freihandelstheorie ein, laut der ein Land nach Abbau der Handelsschranken effizienter funktioniere, da es sich gegen Konkurrenz behaupten müsse. Die Theorie ignoriert aber das grosse Potenzial an Erfahrungen, das in einem geschützten Industriezweig aufgebaut wird. Auch geht die Freihandelstheorie fälschlicherweise davon aus, dass Effizienzgewinne automatisch zu wachsenden Realeinkommen für alle führen. In der Praxis fördern solche Massnahmen oft die Schere zwischen Arm und Reich. Die ökonomische Theorie geht ausserdem davon aus, dass es eine perfekte Konkurrenz gibt und Vollbeschäftigung herrscht.

Weitere Gründe sprechen gegen einen ungebremsten freien Handel: die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung durch inländi-

sche Produktion, der Schutz der eigenen Kultur sowie der von indigenen Gemeinschaften und der Umwelt, das Schonen von Ressourcen und die Bewahrung der nationalen Souveränität.

Graham Dunkley vergleicht den Freihandel mit der Medikamententherapie bei einem Kranken: Es gibt erfolgreiche Heilungen, aber sie sind selten. Mit der Zeit entstehen Resistenzen. Nebenwirkungen sind häufig, und die Wirkung hängt von der Konstitution des Patienten ab. Für den Freihandel heisst dies: Es gibt Erfolgsgeschichten, aber sie sind selten. Ist ein Land erfolgreich, wird es für viele andere immer schwieriger, in den Wettbewerb zu treten, da die Nischen bereits besetzt sind. Wie ein Land auf Handelsliberalisierungen reagiert, hängt von den jeweiligen besonderen Gegebenheiten in diesem Land ab. *am*

WIDERSPRUCH 38

Beiträge zur soziologischen Politik

Globalisierung und Widerstand

Profitorient. Weltwirtschaft und Peripherie; Finanzmärkte und Tobin-Steuer; Globalisierung, Migration und Frauen; Erde des Nationalstaates? Standortnationalismus, Exportwirtschaft und Binnenmarkt; Pharmaindustrie und Gewerkschaften; Agrokolonien und Patente auf Leben

Ch. Schmitz, R. Falk, J. Bischoff, F. Chennais, E. Alvarez, S. Melnikoff, B. Young, M. Köpcke, Ch. Bütemeier, W. Brügger, E. Paine, H. Schläpfer, F. Koachin

Diskussion: **Schuldenkampagne**

D. Keet: Jubilee 2000 und der Süden
G. Ochsner: Schuldenstrafe und Menschenwürde
M. Naciri: Schuldenstrichung und Lagerwelt
B. Urmähli: Weltbank, IMF und Armutsbekämpfung
D. Ochsner: Entscheidungspolitik und die NGOs
U. Brand: Global Governance – Weltbank

2. Auflage

208 Seiten, Fr. 21.– (Abonnement Fr. 40.–) zu beziehen im Buchhandel oder bei WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich Tel./Fax 01 - 273 03 02 vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

WIDERSPRUCH 41

Beiträge zur soziologischen Politik

Nationalismus, Rassismus, Krieg

US-Hegemonie und Terrorismus; Nation und Gewalt; Kollektive und Nationale Identität; Zweiter Internationalismus statt NATO; Arbeitswelt, Standortnationalismus, Rechtsradikalismus, Anti-Rassismus; Europa und Federalismus, Einwanderung und Integration

A. Roy, F. Schardi, R. Köhli, H.U. Jost, J. Lang, Ch. Bütemeier, P. Hüsler, H. Stutz, Y. Kramer, K. Döms, V. Aleva, Ch. P. Scherrer, H. Keger, G. D'Amato

Diskussion

G. Trepp: Geldkassenselbst und Terrorgeister
W. Eberle / H. Schläpfer: Linke und Neue Mitte
S. Latow: Neoliberaler Anti-Egalitarismus

208 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–) zu beziehen im Buchhandel oder bei WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich Tel./Fax 01 - 273 03 02 vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

DAVOS GLOBAL VILLAGE

DAVOS IST SKIPARADIES, WANDERLAND, VERGNÜGUNGSORT, EINKAUFSSOASE UND STIMULIERENDE KONGRESS-STADT IN EINEM INTERNATIONAL, WELTOFFEN UND SYMPATHISCH BÜNDNERISCH.

WÄHLEN SIE WWW.DAVOS.CH UND SCHON SIND SIE AUF UND... DAVOS

DAVOS TOURISMUS
PROMENADE 67 - 7270 DAVOS
TEL. 081 415 21 21 - FAX 081 415 21 00
www.davos.ch - info@davos.ch

Eine offenere Schweiz
in einer demokratischeren Uno
in einer zivileren Welt

Uno? JA!

Aber der Beitritt allein reicht nicht

www.zivil.ch - Komitee «Ziviles JA zur Uno» / GS&A

VIELE STIMMEN EINE WELT

FASTENOPFER BROT FÜR ALLE

: -)	: -D	; -)	: -	: -/	: -(: -C
lachen	laut lachen	zinkern	skeptisch	ernst	traurig	sehr traurig
: -&	: -<	(: -...	: -@	: -X	: -X	: -?
zornig	elend	weinen	schreien	Kuss	dicker Kuss	ratlos
=: 0	: -P	: -{=	? -)	+ -<: -	>: ->	
überrascht	Zunge raus	Vampir	blaues Auge	Papst	Teufel	
: -)</////>	@>->-	8;-)	B-)	#-(
Krawattenträger	eine Rose	Brille auf der Stirn	Boarder	Brett vor dem Kopf		
* <:-)	: -.)					
Nikolaus	Cindy Crawford					

Kommunikation kennt viele Formen [und Sprachen]. Wir bringen sie [auch] aufs Papier.

Clerici Partner AG > Münstergasse 18a > 8001 Zürich > Telefon 01 252 97 79 > www.clerici-partner.ch > mail@clerici-partner.ch

few

Einmal pro Woche in die andere Richtung.

<p>Ich abonniere die WoZ inklusive Le Monde diplomatique</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Schnupperabo (8 Ausgaben) Fr. 20.– ■ Jahresabo Fr. 235.– ■ Halbjahresabo Fr. 130.– ■ Jahresabo zum Ausbildungstarif Fr. 165.–* 	<p>Ich abonniere die WoZ Luzern inklusive Le Monde diplomatique</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Schnupperabo (8 Ausgaben) Fr. 20.– ■ Jahresabo Fr. 255.– ■ Halbjahresabo Fr. 140.– ■ Jahresabo zum Ausbildungstarif Fr. 165.–* 	<p>Ich abonniere nur Le Monde diplomatique, die Monatszeitung für internationale Politik in deutscher Sprache</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Schnupperabo (3 Ausgaben) Fr. 10.– ■ Jahresabo Fr. 72.– ■ Jahresabo zum Ausbildungstarif Fr. 48.–* 	<p>Vorname _____</p> <p>Name _____</p> <p>Strasse/Nr. _____</p> <p>PLZ/Ort _____</p> <p>Talon einsenden an: WoZ, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 01 448 14 44, Fax 01 448 14 15, abo@woz.ch, www.woz.ch</p>
---	--	---	--

* Bitte Kopie des Ausbildungsausweises beilegen

(Un-)Ordentliche Notizen zu New York City

CONSTANTIN SEIBT

1. New York City ist eine Stadt, künstlich, laut, gefährlich wie Kokain. In ihren Adern kreist flüssiges Geld: Hier sind alle Banken, alle Marken, alle Waren der Welt – alles, was auch nur ein paar Cent wert ist, wird gehandelt. Nirgends sonst dachte ich je so viel an Geld: Gut, wenn du es hast, die Hölle, wenn es fehlt. Der Luxus und der Siff leben hier wie Laborratten, gedopt und Zentimeter an Zentimeter: Beide eine Mahnung, so hart wie möglich zu arbeiten.

2. Das Einzige, was es in New York nicht gibt, ist Ruhe. Kokain speedet dich hoch oder wirft dich in schlaflose Depressionen. Die FussgängerInnen sind hier schneller als die Autos und überqueren die Strasse mit der Selbstsicherheit von Panzern. Die Ausnahme sind die, die es nicht geschafft haben: Portiers, Bettler, Obdachlose, Strassenverkäuferinnen lungern herum: schlecht bewegt, schlecht bezahlt, schlecht angezogen. Keep moving! Was in anderen Städten nur für Kapital und Ideen gilt, gilt hier für den Körper. Keep moving, body!

3. Übermüdet und hellwach – das sind die meisten Menschen hier, was immer sie denken: ob Passanten, WEF-Teilnehmerinnen oder Anarchisten – man bekommt immer nur ein Fünf-Minuten-Interview. Sogar die tausend Hippies sind nervös. Man kann ganze Interviewblöcke mit «Hello – Bye!»-Interviews füllen. Die Einzigen, mit denen man länger redet, sind Asiatinnen, Südamerikaner, Europäerinnen.

4. Keine Interviews gibt es mit den Polizisten, die in der Nacht auf Mittwoch die Stadt füllen: An jeder Ecke, in jedem Laden stehen sie dunkelblau, einzeln, in Gruppen, in Horden – pure, materialisierte dicke Luft. Es sind Geschöpfe der Macht, die die Umgebung gestalten: In Davos war es eine Stacheldraht-Helikopter-Militär-Invasion, in New York – neben

der Polizeinvasion – ein Verkehrschaos rund um das abgesperrte Waldorf Astoria, einen mit Zinnen versehenen Art-déco-Riesen, der aussieht wie der Wohnort eines bösen Zaubers in einem Disney-Film.

5. Das Problem des World Economic Forum ist sein Erfolg. Im Grunde ist es ein Hochleistungs-Networking-Center. Der Trick Professor Schwabs war, den Eintrittspreis immer höher zu schrauben: Er liegt nun bei 25 000 Dollar und dem Anspruch, «Global Leader» zu sein. Im Moment sind das 3000 Manager, Wissenschaftler, Presseleute – falls möglich, würden sich sicher weitere 3000 Machthaber und Schwätzer einschreiben. So weit, so perfekt: Das WEF-Networking funktioniert sogar für die Nichteingeladenen, die WEF-GegnerInnen. Nur, der Marketing-Trick, die Teilnehmer zur globalen Elite zu erklären und überdies ernsthaft zu behaupten, das Forum verbessere die Welt, hat einen Nebeneffekt: Das WEF und seine Teilnehmer kann (zu Recht und zu Unrecht) auch für die Verschlechterung der Welt eingeklagt werden – und damit ist das WEF zum grössten Reklamationsbüro der Welt geworden.

6. An diesem drängeln sich: die Dritte Welt, die alte Linke, grosse Teile der Presse und eine breite Bewegung, die ebenso erfolgreich wie diffus ist – die Opfer der Globalisierung sind so zahlreich, dass, mit etwas Grosszügigkeit gesehen, sogar ihre Gewinner dazugehören, die globale Managerkaste. Der Druck von Kurs, Analysten, Quartalsabschlüssen wirkt oben fast so mörderisch wie unten: Das Perfide an dem Druck zu dauerndem Profit ist, dass man keine anständige Arbeit mehr leisten kann: Nicht als Arbeiterin in der Massenproduktion, aber auch nicht als Manager, der – falls er langfristig denkt – gefeuert wird.

7. Das Problem des vom Wirtschaftssystem zur monotheistischen Religion gewordenen Neoliberalismus besteht darin, dass er – mehr Idealismus als Realismus – immer mehr

Crash und immer weniger Profit macht. Wirtschaft beruht wie alle sozialen Interaktionen auf Vertrauen. Die Investitionen in New Economy und die Millenniumsbörsenblase beruhen in noch mehr: in Glauben. Und zwar in einem umso stärkeren, fanatischeren, je mehr er gegen die Fakten sprach – das Schicksal eines Fanatikers ist Märtyrertod, nicht Pragmatismus.

8. Den Märtyrertod stirbt der Neoliberalismus in spektakulären Skandalen wie Swissair oder Enron: Hier entpuppt sich scheinbare ökonomische Rationalität als purer Glaube, gekoppelt mit ein wenig Kriminalität und einer fetten Portion noch kriminellerer Dummheit.

9. Wie sehr das jetzige Wirtschaftssystem als diskussionsunfähige Sekte begriffen wird, zeigt sich unter anderem in seiner Gegnerschaft. Das Gros der GlobalisierungskritikerInnen an der Demo in New York argumentierte nicht, sondern äusserte Gefühle: «Stop War», «Piss of, Corporate Fat Cats», «Li-

berty!», «We wan't another World». Grösstenteils waren es sehr junge sowie einige ältere Leute. Alles war bunt, viele Männer bärtig. Der Look war eindeutig: ein Revival der Sechzigerjahre. Amerika hat nie den Punk gekannt und verstanden: Die Demonstrierenden sehen aus wie wiederauferstande Janis Joplin, John Lennons, Kurt Cobains, modernstenfalls.

10. So weit zur Demo. Es war nicht Seattle II, es war zu friedlich, aber auch zu harmlos. Die berechtigte Angst der Wirtschaftselite war diesmal vor allem in Form des gigantischen Aufgebots an Uniformen sichtbar: Der Show des WEF antwortete die Show der Demonstration, der elitären Cocktailparty die Cocktailparty ohne Cocktails. Somit war dieses Mal das Public Eye für das WEF gefährlicher als der Schwarze Block, denn das Mittel gegen den wirtschaftstheoretischen Konservatismus des WEF im ideologischen Vakuum sind Statistiken und kopfwehtreibende Diskussionen, nicht Steine.



Die erste grosse und lautstarke Demonstration nach dem 11. September in New York, 2. Februar 2002.



ANZEIGE

Triumph der Verantwortung



Der Erfolg der Postkartenaktion: Triumph International stoppt ihre Geschäfte mit den burmesischen Foltergenerälen. Die Verantwortung der Firma geht aber weiter: Allen Entlassenen muss eine angemessene Abgangentschädigung bezahlt werden. Zudem fordern wir von Triumph einen vollständigen Sozialkodex.

Brot für alle, Erklärung von Bern und Fastenopfer danken für Ihre Unterstützung. Weitere Informationen unter www.cleanclothes.ch.

The Public Eye – die Alternative der EvB zum WEF

Seit drei Jahren gibt es eine Kampagne, die hält, was das World Economic Forum (WEF) verspricht: offene Debatten für eine bessere Welt.



No licence to rule the world. Keine Legitimation für das WEF, die Welt zu regieren. Pressekonferenz am 31. Januar 2002 in New York mit Marcelo Lucca, ehemaligem Wirtschaftsminister von Rio Grande do Sul, Brasilien, Carol Welch, Friends of the Earth US, Miriam Behrens, Pro Natura, Matthias Herfeldt, EvB, Victoria Tauli-Corpuz, Tebteba Foundation, Philippinen.

Das Public Eye in New York war schon die dritte internationale Konferenz der Erklärung von Bern (EvB) und ihrer Partnerorganisationen. Im Herbst 1999 wurde die Kampagne «The Public Eye on Davos» lanciert, um das Weltwirtschaftsforum kritisch zu begleiten und Alternativen aufzuzeigen. Initiatorin und Koordinatorin des Projekts ist die Erklärung von Bern (EvB), eine entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisation (NGO) mit Sitz in Zürich und Lausanne (Schweiz). Getragen wird «The Public Eye on Davos» von einer internationalen Trägerschaft von heute zehn NGOs aus allen fünf Kontinenten.

Im ersten Jahr des Projekts, parallel zum Jahrestreffen des WEF in Davos Ende Januar 2000, suchte das Public Eye den direkten Kontakt mit dem WEF. Wir informierten das Weltwirtschaftsforum über unser Projekt und konfrontierten es mit Forderungen der NGOs. Dabei ging es zunächst um zwei Aspekte:

Mehr Transparenz: Unter dem unbescheidenen Slogan «Der Verbesserung des Zustandes der Welt verpflichtet» werden am WEF Fragen von globaler Tragweite diskutiert. Die Mitglieder des WEF sind aber ein elitärer Kreis von Wirtschaftsführern, die mit hochrangigen Politikern unter Ausschluss der Öffentlichkeit ihre Weltansicht diskutieren. Die Vorschläge des Weltwirtschaftsforums sind deshalb nicht objektiv, sondern zutiefst interessengeleitet. Kein Dienstleistungsunternehmen hat beispielsweise eine neutrale, sachlich fundierte Meinung zur Rolle des Service public. Einige Fragen, die am WEF diskutiert werden, sind sehr wichtig, die Diskussionen gehören aber in einen demokratischen Rahmen. Deshalb forderte das Public Eye auch den freien Zugang für alle Medien zu allen Veranstaltungen des WEF.

Stärkere Beteiligung kritischer Stimmen am WEF: Das Public Eye regte die Einladung von Personen an, die für eine soziale und ökologisch nachhaltige Wirtschaft einstehen, und überreichte dem WEF eine Liste mit einer Reihe von Namen. Das WEF wählte für seine Jahresversammlung 2000 fünf der vorgeschlagenen NGO-Vertreterinnen und -Vertreter aus und lud sie ein. Eine der geladenen, Victoria

Tauli-Corpuz von der philippinischen Organisation Tebteba, zog eine skeptische Bilanz über ihre Wirkung: «Die Jahrestagung in Davos wird von den Vertretern der weltweit mächtigsten Konzerne dazu benutzt, die dominante ökonomische Denkweise und Praxis zu befestigen. Das Treffen hat in erster Linie das Ziel, neue und innovative Ideen zum Ausbau des globalen Marktes zu entwerfen und zu verteidigen. Daher ist auch der Platz und die Toleranz für abweichende Meinungen so gering.»

Um den wachsenden Einfluss der Privatwirtschaft auf die internationale Politik aufzuzeigen, veranstaltete das Public Eye in Zürich eine Podiumsdiskussion zur Frage «Wer regiert die Welt?». Eine zweite Veranstaltung fand in Davos statt, wo in einem Streitgespräch Manuel Chiriboga und Vandana Shiva als NGO-VertreterInnen dem WEF-Direktor Klaus Schwab und dem damaligen ABB-Chef Göran Lindahl gegenüberstanden. Klaus Schwab benutzte die Diskussion, um sich als Vorkämpfer für Menschenrechte und Umweltschutz darzustellen. Eine echte Auseinandersetzung mit den Kritisierenden fand auf diesem Podium nicht statt. Das WEF versuchte vielmehr, diesen Anlass als Beweis für seine «Dialogfähigkeit» zu präsentieren, um sein angekratztes Image aufzupolieren.

Die Umweltorganisation Greenpeace machte dieselben Erfahrungen in Gesprächen mit der Automobilindustrie. Trotz vollmundigen Dialogversprechen in Davos wurde die Initiative vonseiten der Industrie sabotiert. Nach zwei Jahren Teilnahme am WEF beschloss Greenpeace deshalb, dieses Jahr nicht mehr am WEF, sondern am Public Eye sowie am Weltsocialforum in Porto Alegre teilzunehmen.

Das Public Eye fand im Jahr 2001 zur heutigen Form, als die Erklärung von Bern beschloss, eine unabhängige und im Gegensatz zum WEF öffentlich zugängliche internationale Konferenz zu veranstalten, zeitgleich zum WEF und ebenfalls in Davos. Der vom WEF propagierten neoliberalen Globalisierungspolitik setzte das Public Eye 2001 Alternativen einer sozial und ökologisch orientierten Wirtschaft entgegen. am

INTERVIEW MIT VICTORIA TAULI-CORPUZ SPRACH ANDREAS MISSBACH

«Bindende globale Regeln für transnationale Konzerne sind notwendig»

Victoria Tauli-Corpuz ist WEF- und Public-Eye-Kennerin. Sie sieht im Public Eye das richtige Gegengewicht zum Weltwirtschaftsforum.



*Victoria Tauli-Corpuz arbeitet für die Tebteba-Stiftung auf den Philippinen. Tebteba heisst Debatte auf Igorot, Frau Tauli-Corpuz' Muttersprache. Die Stiftung setzt sich für die Rechte der indigenen Völker in der Cordillera-Region im Norden der Philippinen ein.

PUBLIC EYE Sie haben letztes und vorletztes Jahr am World Economic Forum (WEF) teilgenommen, warum gehen Sie dieses Jahr nicht hin?

V. TAULI-CORPUZ Weil mich das WEF nicht mehr eingeladen hat. Wir von der Tebteba-Stiftung* haben das eigentlich erwartet, denn letztes Jahr machten wir eine Pressekonferenz und schrieben einen Protestbrief an die Adresse des WEF, um gegen die absurde Polizeipräsenz und die Zurückweisung eines Referenten des Public Eye zu protestieren. Die Dialogfähigkeit des WEF hat offensichtlich enge Grenzen. Wenn sie wirklich an unserer Meinung interessiert wären, dann müsste das WEF auch offen sein für Kritik.

PUBLIC EYE Hat man an den Veranstaltungen des WEF Ihre Stimme gehört?

V. TAULI-CORPUZ Das war nicht einfach, denn man hat die NGO-Leute kleinen Arbeitsgruppen zugeteilt, und die WEF-Teilnehmenden konnten freiwillig an diesen Anlässen teilnehmen – oder eben nicht. Martin Khor vom Third World Network hatte die Möglichkeit, vor versammeltem Plenum zu sprechen, wenn auch nur für zehn Minuten. Selbst wenn es auch nur wenige WEF-Teilnehmende sind, die unsere Stimmen hören wollen, es lohnt sich, am WEF teilzunehmen, wenn die Gelegenheit dazu geboten wird.

PUBLIC EYE Nahmen an den kleinen Diskussionsgruppen die FirmenvertreterInnen teil, denen Sie ins Gewissen reden wollten?

V. TAULI-CORPUZ Vor zwei Jahren, als ich das erste Mal am WEF teilnahm, gab es eine Diskussion mit Vertretern der Minenindustrie. Sie luden mich sogar zum Nachtessen ein. Da waren wirklich diejenigen Firmen dabei, die ihre Minen in unseren Gemeinschaften betreiben. Sie schienen an unseren Problemen interessiert zu sein.

PUBLIC EYE Haben Sie nach diesen Gesprächen eine Verhaltensänderung der Minenbetreiber festgestellt?

V. TAULI-CORPUZ Ich teilte den Herren nachträglich mit, dass sich die Firmen bei uns zu Hause nach wie vor die übelsten Dinge erlauben würden. Es ist wohl idealistisch, zu glauben, dass eine Unterredung mit den Konzernchefs der Minenindustrie das Verhalten der Firmen in unserer Region verändern würde.

PUBLIC EYE Frau Tauli-Corpuz, Sie sind eine treue Teilnehmerin des Public Eye, Sie waren von Anfang an dabei. Was ist die Bedeutung des Public Eye, das verglichen mit dem WEF ja recht klein ist?

V. TAULI-CORPUZ Das Public Eye ist sehr wichtig. Es ist die einzige Veranstaltung, an der die Zivilgesellschaft die Fragen, die ein WEF aufwirft, frei diskutieren kann. Die Grösse der Konferenz spielt dabei keine Rolle. Wichtig ist, dass das Public Eye die

Medien anzieht, die – wenn sie es auch nur bescheiden tun – über den Inhalt der Konferenz berichten. Das Public Eye ist der richtige Weg, um eine Balance und ein Gegengewicht zum WEF herzustellen.

PUBLIC EYE Das Hauptthema der diesjährigen Konferenz sind bindende globale Regeln für transnationale Unternehmen. Würden solche Regeln für die Menschen in Ihren Dörfern etwas ändern?

V. TAULI-CORPUZ Ja, globale Standards würden einen Unterschied machen, wenn sie rechtlich bindend und für Konzerne verpflichtend wären. Es stellt sich jedoch die Frage, ob diese Forderungen in der UNO durchgehen würden. Es wurde bereits früher versucht, einen Verhaltenskodex für transnationale Konzerne zu entwerfen. Die USA und die anderen mächtigen Länder, aus denen diese Konzerne herkommen, haben alles daran gesetzt, jegliche Regeln zu verhindern. Anfang der Neunzigerjahre gelang ihnen schliesslich auch die Auflösung der UNO-Kommission zu transnationalen Konzernen. Die Forderung nach bindenden Regeln ist absolut zentral. Angesichts des Widerstands mächtiger Länder und Unternehmen wird es jedoch nicht einfach sein, bei der UNO damit durchzukommen. Die Unternehmen haben am Vorbereitungstreffen zur Weltkonferenz über Umwelt und Entwicklung in New York ganz klar gesagt, dass ihnen freiwillige Standards mehr zusagen.

PUBLIC EYE Auch wenn wir unser Ziel nicht von heute auf morgen erreichen können, so sagen Sie doch, dass die Forderung nach bindenden globalen Regeln richtig ist?

V. TAULI-CORPUZ Natürlich! Es ist absolut richtig, jetzt auf dieser Forderung zu bestehen. Wir erleben ja täglich, wie sich immer mehr Macht und Vermögen bei nur wenigen Unternehmen anhäuft. Wenn wir nicht auf solchen Massnahmen bestehen, wird das einfach so weitergehen.

PUBLIC EYE Die Unternehmen wollen freiwillige Standards; welche Erfahrungen haben Sie mit solchen Zugeständnissen gemacht?

V. TAULI-CORPUZ Das bekannteste freiwillige Abkommen ist der Global Compact. Ein Pakt, den Unternehmen mit der UNO geschlossen haben und der nicht funktioniert. Selbst die wachsenden Regeln des Global Compact wurden noch verletzt. So hat DaimlerChrysler entgegen einer klaren Abmachung einfach das UNO-Logo für eine eigene Publikation verwendet. Dann machen Unternehmen wie Shell am Compact mit, obwohl sie in Nigeria und in anderen Ländern in katastrophaler Weise weiterwirtschaften wie bisher. Oder die Firma Syngenta macht Druck für Feldversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen, obwohl die Menschen weltweit dagegen protestieren. Der Global Compact ist nicht transparent. Bei der Lancierung des Global Compact beispielsweise wurde eine Webseite angekündigt, wo das Verhalten der teilnehmenden Unternehmen dargestellt werden sollte. Nichts davon ist verwirklicht worden, obwohl seit dem Versprechen bereits ein Jahr zurückliegt. Dabei ist Transparenz gerade eines der zentralen Ziele, die wir mit bindenden globalen Regeln erreichen wollen. Der Global Compact ist eine Farce, und er wird vollständig von den Unternehmen kontrolliert.

PUBLIC EYE Victoria Tauli-Corpuz, vielen Dank für dieses Gespräch.

Um outro mundo é possível – Eine andere Welt ist möglich

URS SEKINGER

Die Stimmung für die Eröffnung des zweiten Weltsozialforums hier in Porto Alegre am vergangenen 31. Januar hätte schöner nicht sein können. In der offenen Arena am Ufer des Jacui-Flusses versammelten sich im warmen Abendlicht der untergehenden Sonne tausende von Menschen; 40 000 sagen die einen, für andere waren es 60 000. In einer farbenfrohen, friedlichen Demonstration waren sie zuvor durch Porto Alegre gezogen. Begleitet von brasilianischen Sambaklängen und dem rhythmischen Pfannenklappern der argentinischen Gruppen, forderten sie die Abkehr von der neoliberalen Globalisierung. «Wir sind daran, eine neue, eine gerechte Welt aufzubauen – eine realisierbare Utopie», sagte der Gouverneur des Bundesstaates Rio Grande do Sul Olívio Dutra in seiner Eröffnungsansprache.

Wie anders sehen die Medienbilder aus New York aus: Polizei, Absperrungen, Ausschuss, Gewalt. Es scheint, als herrsche dort Krieg, während hier in Porto Alegre Friede und Lebensfreude dominieren. Sie sind Motor für die politische Entschlossenheit, mit der hier an der Realisierung der Utopie gearbeitet wird.

Das Weltsozialforum ist ein Megaunternehmen: 15 000 Delegierte haben sich eingefunden und zwei- bis dreimal so viele BesucherInnen. Sie vertreten Organisationen aus der ganzen Welt, wobei lateinamerikanische und europäische eine Mehrheit bilden. Leider nur in kleiner Zahl anwesend sind BesucherInnen aus Afrika und Asien. Der wirtschaftliche Graben zeigt sich auch am Weltsozialforum.

Für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit weltweit

In den vier Arbeitstagen werden 27 Konferenzen, 150 Seminare und 700 Workshops angeboten. Trotz deren inhaltlicher Vielfalt gibt es einige zentrale Leitthemen. Dazu gehören die Kritik der WTO als Hauptfeiler der «infernal Globalisierung». Sie höhlt demokratische Strukturen von den Gemeinden bis zur UNO aus und bedroht akut den Weltfrieden. Präsent ist in diesem Zusammenhang der 11. September. Der massive Widerstand der Menschen in Seattle stoppte damals die globale neoliberale Offensive. Seit dem 11. September findet nun mit dem «Krieg gegen den Terrorismus» eine verdeckte Wiederbelebung dieser Offensive statt. Aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem «Krieg gegen den Drogenhandel» befürchten viele hier anwesende Gewerkschaften, Nichtregierungs- (NGO) und Basisorganisationen, dass die Repression ihnen gegenüber zunimmt und dass die Menschenrechte in Zukunft noch stärker missachtet werden.

Die Globalisierung hat sozial keine Fortschritte gebracht. Gemäss Juan Somavia, Direktor der Internationalen Arbeitsorganisation, hat sich in den Neunzigerjahren die offizielle Arbeitslosigkeit weltweit auf 200 Millionen Menschen verdoppelt. Frauen und Kinder zahlen den höchsten Preis dieser Fehlentwicklung. Das nahe Argentinien ist aktuelles Beispiel für das totale Scheitern der Globalisierung. Wenn demgegenüber hier am Weltsozialforum die Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit eingefordert werden, so ist das keine ferne Utopie. In internationalen Konventionen und Verträgen sind die wesentlichen Grundrechte der Menschen von den meisten Staaten der Welt ratifiziert worden. Es geht darum, sie durchzusetzen.

Das amerikanische Freihandelsabkommen FTAA/ALCA ist verständlicherweise ein wichtiges Thema. Mit ihm wird die US-Ökonomie in ganz Lateinamerika dominierend werden. ALCA wird aber auch globale Auswirkungen haben, denn es integriert das MAI (Multilateral Agreement on Investment, Multilaterales Investitionsabkommen), das 1999 durch weltweiten Widerstand hatte verhindert werden können. Der einseitige Investorenschutz, der die Reichen schützt und die Armen zerstört (Martin Khor vom Third World Network), kommt wieder auf die politische Agenda und soll letztlich in einer neuen Runde der Welthandelsorganisation (WTO) definitiv festgeschrieben werden. Khor schätzt deshalb die WTO heute als viel gefährlicher ein als den Internationalen Währungsfonds (IWF). Der Kampf gegen eine neue WTO-Runde in den nächsten beiden Jahren werde für die weitere globale Entwicklung entscheidend sein, meinte er.

Gewerkschaften, soziale Bewegungen und NGO

Diese Entwicklung muss die Menschen und die Umwelt ins Zentrum stellen, ein Grundkonsens des Weltsozialforums. Sie in diesem Sinne zu beeinflussen, ist das Anliegen von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und NGOs. Ihre Zusammenarbeit ist denn auch Thema verschiedener Veranstaltungen; ein nicht ganz leichtes Unterfangen, wie die Diskussionen zeigen. Es gilt Vorurteile abzubauen und das Blockdenken zu überwinden. Es gibt nicht *die* Gewerkschaften, wie auch die sozialen Bewegungen und NGOs nicht eine Einheit sind. Werfen wir einen Blick auf die Gewerkschaften. In den Diskussionen waren vor allem europäische und lateinamerikanische vertreten, und dabei wurde frappant klar, dass sie mit zwei unterschiedlichen Geschwindigkeiten laufen. Da sind die europäischen, geprägt von den Errungenschaften des Sozialstaates, stark institutionalisiert, mit einem Hang zur helfenden Solidarität, und dort die lateinamerikanischen, die aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung in ihren Ländern gezwungen waren, ständig offen zu bleiben, die Arbeit über den engen gewerkschaftlichen Rahmen hinaus auszudehnen, kurz, soziale Bewegung zu bleiben. Gewerkschaftsvertreter ihrerseits wiesen auf problematische Punkte der NGO-Arbeit hin, etwa Abschlüsse von Verhaltensregeln («codes of conduct») mit multinationalen Unternehmen. Nur in 15 Prozent der bisher abgeschlossenen Verträge sei die Vereinigungsfreiheit der Arbeitenden festgeschrieben worden. Verhaltensregeln können sich so zum Boomerang für die Gewerkschaftsarbeit auswirken, denn es sei immer noch das Beste, wenn sich die Betroffenen selbst für ihre Rechte einsetzen könnten. Rafael Freire von der Gewerkschaft CUT meinte, dass die gegenseitigen Vorwürfe in eine Sackgasse führten. Die Differenzen existierten und müssten gegenseitig respektiert werden. Pragmatisch sei es, einen grossen, gemeinsamen Nenner in der Sache zu suchen. Darauf aufbauend könne ein gemeinsames Vorgehen bestimmt werden. Dies wird für die europäischen Gewerkschaften dann eine Möglichkeit sein, wenn sie bereit sind, von den lateinamerikanischen Kollegen und Kolleginnen zu lernen, und ihre eurozentrische Sichtweise zugunsten einer internationalistischen zurückstecken. Das Weltsozialforum ist ein idealer Ort dazu.

Porto Alegre ist ein riesiges Forum für Diskussionen und Kontakte. Porto Alegre ist ein farbiger Markt der Ideen, Projekte und Aktionen. Porto Alegre ist Lebensfreude und ein wenig gelebte Utopie: um outro mundo é possível se a gente quiser.

Urs Sekinger koordiniert in Porto Alegre eine Delegation von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern aus der Schweiz. Er arbeitet als Koordinator des Solifonds, ist Präsident des VPOD-NGO und Mitglied der Redaktion «Widerspruch».



Cacerolazas, Frauen aus Argentinien, die durch das Kochtöpfeschlagen ihren Protest kundtun. Demo vom 31. Januar in Porto Alegre.

Das NGO-Statement des Public Eye 02

Die Konzerne sollen ihre Verantwortung wahrnehmen. Das ist die Hauptforderung der Erklärung von Bern (EvB) und der Trägerorganisationen des Public Eye.

Diese und weitere Forderungen des NGO-Statements zum World Economic Forum (WEF) werden von vielen Organisationen aus nördlichen und südlichen Ländern unterstützt. Nachfolgend ein Auszug aus dem Statement:

«Konzerne haben in den letzten Jahren massiv an wirtschaftlicher Macht und an politischem Einfluss gewonnen. Doch durch sozial verantwortliche Geschäftsführung haben sie sich kaum hervorgetan: Umweltkatastrophen und Menschenrechtsverletzungen belegen das Gegenteil. Eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Entwicklung ist nach wie vor ein fernes Ziel. Der wichtigste Grund für das offensichtliche Versagen von Konzernen liegt im Fehlen von politischen Regeln für eine nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung.»

Viele transnationale Unternehmen behaupten zwar, heute schon sozial verantwortlich zu handeln und nachhaltige Entwicklung ernst zu nehmen. Den Bekenntnissen der Konzerne könnte nur Glauben geschenkt werden, wenn sie entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen und demokratische Kontrollen ihrer Aktivitäten befürworten würden, statt sich für Kostenminimierung und gegen verbindliche Standards stark zu machen. Deshalb rufen die Unterzeichnenden des Statements die Regierungen der Welt auf, internationale Verträge auszuhandeln, welche Firmen mit rechtlich bindenden Regeln hohe Standards in Bezug auf Transparenz sowie soziale und ökologische Verantwortung auferlegen.

Firmen haben soziale und ökologische Verpflichtungen. Sie sollen Informationen über ihre wirtschaftlichen Aktivitäten offen legen. Alle gesellschaftlichen Gruppen, auch die lokale Bevölkerung, sollten das Recht haben, gegen Firmen vorzugehen, die ihre Interessen gefährden. Der lokalen Bevölkerung muss das Recht gewährt werden, über die Nutzung ihrer (natürlichen) Ressourcen selbst zu entscheiden, um gesund und in Würde leben zu können. Verhaltensnormen für Konzerne müssen griffiger werden. Kriminelle Verstösse von Firmen müssen von nationalen und internationalen Gerichten geahndet und mit wirkungsvollen Sanktionen belegt werden.

Das WEF präsentiert sich als eine Institution, welche den Grundsätzen und Zielen der unternehmerischen Verantwortung, nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung verpflichtet ist. Hinter den Kulissen hintertreiben allerdings zahlreiche seiner Mitglieder diese Ziele.

Die Regierungen müssten sicherstellen, dass Konzerne sich an demokratisch vereinbarte Ziele halten und ihren Beitrag zu Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit leisten.

Am Erdgipfel der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung 2002 sollen die Politiker und Politikerinnen die Gelegenheit ergreifen, dem Ruf der Zivilgesellschaft zu folgen, und die Konzerne in die Pflicht nehmen. Sie müssen ihr wortreich vorgetragenes Engagement für nachhaltige Entwicklung in die Realität umsetzen.

Globales Regieren

Alle Regierungsstrukturen auf nationaler und internationaler Ebene müssen auf transparenten, kontrollierbaren und demokratischen Prinzipien beruhen. Alle Debatten und Entscheide müssen diesen Prinzipien Rechnung tragen. Dazu muss die UNO gestärkt werden. Sie ist die einzige bestehende internationale Organisation, die allen Mitgliedstaaten eine Stimme gibt. Eine Reform der UNO im Hinblick auf demokratischere, fairere und effektivere Strukturen und Entscheidungsprozesse ist längst fällig. Insbesondere muss der Einfluss der Konzerne auf die UNO in Schranken gehalten werden:

- Die UNO muss ihre Partnerschaft mit globalen Konzernen, die im «Global Compact» verankert ist, auflösen.
- Die UNO muss in der Lage sein, die transnationalen Konzerne zu kontrollieren und die Einhaltung vereinbarter Regeln zu überwachen und Verletzungen zu sanktionieren.
- Die Konsultation und Mitsprache der Zivilgesellschaft in der UNO soll ausgebaut werden, damit die UNO die Ziele der globalen Gerechtigkeit, des Friedens und der Nachhaltigkeit wirksam verfolgen kann.

am

Das WEF versteckt sich hinterm Busch. Die Alternative bleibt: ABS.

Wir sind mit «The Public Eye on Davos» solidarisch.

Wir investieren in die reale Wirtschaft. Ich möchte mich an der zukunftsorientierten Geschäftspolitik der ABS beteiligen. Bitte senden Sie mir:

- Informationsmaterial
- Kontoeröffnungsantrag
- Unterlagen zum Zeichnen von Kassenobligationen
- Unterlagen zum Zeichnen von Aktien

Name

Adresse

PLZ/Ort

Talon an: Alternative Bank ABS, Leberngasse 17, Postfach, 4601 Olten, Tel. 062 206 16 16, E-Mail: contact@abs.ch, Website: www.abs.ch



ANZEIGE

EVB

Investmentbanken: Die Durchlauferhitzer von der Wall Street

Investmentbanken heizen die Globalisierung an.
Dabei machen sie nicht nur Geschäfte, sondern auch Politik.

ANDREAS MISSBACH

Die Wall Street ist neben dem Broadway nicht nur die zweitbekannteste Strasse von New York, sie ist auch ein Symbol für einen bestimmten Bankentypus. Auch wenn immer mehr Finanzinstitute in andere Teile der Stadt oder ins Umland ziehen, hat die «Wall Street» an Symbolkraft nichts verloren.

Die Investmentbanken an der Wall Street unterscheiden sich vom traditionellen Bankengeschäft, bei dem die Banken «überschüssige» Ersparnisse einsammeln und Kredite an Personen und Unternehmen mit Kapitalbedarf geben. Die Sparenden, die ihr Geld deponieren, erhalten dafür Zinsen, die KreditnehmerInnen bezahlen Zinsen an die Bank. Der Gewinn ist die Differenz zwischen den beiden Zinssätzen. Die Banken schaffen auf diese Weise Geld. Da nie alle Sparenden gleichzeitig ihr Geld zurückhaben wollen (ausser bei einem vollständigen Zusammenbruch des Bankensystems), geben die Banken mehr Kredit aus, als sie eigentlich Geld in der Kasse haben. Die KreditnehmerInnen wiederum können damit Investitionen vornehmen, die sie sich aus eigener Kraft nicht leisten könnten. In der «Geldvermehrung» und der Kreditvergabe liegt die eigentliche gesellschaftliche Bedeutung der Banken.

Diese Art von Bankgeschäft gibt es zwar noch, doch es ist für grosse und spezialisierte Banken weder der wichtigste noch der lukrativste Teil. Das ganze Bankensystem ist heute von einer anderen Logik geprägt: Heutzutage sind lukrative Anlagemöglichkeiten knapp, im Gegensatz zum früher reichlich vorhandenen Kapital. Am deutlichsten sind die Unterschiede zum traditionellen Bankgeschäft bei den Investmentbanken. Während normale Geschäftsbanken sehr viele Kundinnen aller Grössenordnungen haben, beschränken sich die Investmentbanken auf einen kleinen Kreis sehr reicher Kunden: Grossunternehmen, Regierungen und superreiche Einzelpersonen. Investmentbanken geben keine Kredite, sondern sie beraten und unterstützen ihre Kunden bei der Geldbeschaffung auf den Wertpapiermärkten, durch die Herausgabe von Aktien oder Anleihen (Obligationen). Sie beschränken sich auf eine Vermittlung zwischen dem renditesuchenden Kapital und ihren Kundinnen mit Kapitalbedarf, daneben handeln sie selbst mit Wertpapieren. Der Ertrag aus dem Investmentgeschäft besteht nicht aus der Zinsdifferenz, sondern aus Gebühren und Provisionen sowie dem Gewinn (oder Verlust) im Aktien- und Obligationenhandel.

Vormachtstellung der Wall Street

US-Investmentbanken sind weltweit führend. Das liegt an ihrer Spezialisierung, die ihnen von der US-Gesetzgebung aufgezungen wurde. Nach dem Börsencrash von 1928 und der Weltwirtschaftskrise betrachtete man die Vermischung von Kredit- und Wertpapierge-

schäft als gefährlich für die Stabilität des Bankensystems. Die Investmentbanken mussten sich auf das Wertpapiergeschäft und die Börse konzentrieren. In den letzten Jahren wurde diese strikte Trennung allerdings aufgehoben.

Drei Faktoren begünstigten das rasante Wachstum der Investmentbanken (oder Investmentbank-Abteilungen grösserer Universalbanken) seit den Achtzigerjahren:

■ Die Staatsverschuldung und der Boom bei Unternehmensanleihen: Die Investmentbanken organisieren die Ausgestaltung und Vermarktung von öffentlichen Anleihen sowie Unternehmensanleihen, und sie handeln mit diesen.

■ Die Durchführung von Privatisierungen: Die Investmentbanken beraten Regierungen bei der Übertragung von ehemaligen Staatsbetrieben an private Aktionäre, oder sie bringen ehemalige Staatsbetriebe an die Börse.

■ Die Zunahme von Fusionen und Übernahmen: Investmentbanken beraten die Unternehmen bei einer geplanten Fusion. Oft suchen sie aber selbst Übernahmekandidatinnen und entwickeln eine Strategie, die sie dann einem anderen Unternehmen schmackhaft machen.

Doch auch im Investmentbanking wachsen die Bäume nicht in den Himmel: Die Staatsverschuldung ging in den letzten Jahren in vielen Ländern zurück. Die Privatisierungen hören spätestens dann auf, wenn kein Staatsbesitz mehr zu privatisieren ist. Und ob die Fusionswelle gleich weitergeht wie bis anhin, ist unklar. Besonders aber hat das Ende der Börseneuphorie, welche die Aktien von High-Tech-, Internet- und Telefonfirmen hoch fliegen liess, die Investmentbanken schwer getroffen. Die Banken hatten die Stimmung kräftig angeheizt und gut daran verdient. Das beste Geschäft bestand eine Zeit lang darin, Firmen an die Börse zu bringen, die aus kaum mehr als einem Namen und einer vagen Geschäftsidee bestanden. Trotzdem gingen deren Aktien weg wie warme Semmeln, und die Einnahmen sprudelten.

Die Interessen hinter der Globalisierung

Verschuldung, Privatisierung und Fusionen sind alles Phänomene, die mit der Globalisierung zu tun haben. Die Globalisierung passiert aber nicht einfach, sie wurde und wird gemacht, vorangetrieben von den transnationalen Unternehmen, den Mitgliedern des World Economic Forum (WEF). Die Investmentbanken stehen dabei nicht zurück, sie lobbyieren hinter den Kulissen für einen «freien Kapitalverkehr» und die Privatisierung aller staatlichen Aufgaben. In den USA waren die Verbindungen zwischen dem Finanzsektor und der Regierung in den Neunzigerjahren so eng, dass der Ökonomieprofessor Jagdish Bhagwati von einem «Komplex Wall Street-Finanzministerium» sprach. «Die Finanzunternehmen der Wall Street haben ein offensichtliches Eigeninteresse an einer Welt, in der freie

Mobilität für Kapital herrscht. Es ist also wenig erstaunlich, dass sich die Wall Street mächtig eingemischt hat und in Washington politisch für diese Entwicklung Druck machte.» Jobwechsel von einer Investmentbank ins Finanzministerium und zurück sind nicht aussergewöhnlich. Auch der neue Bürgermeister von New York, Michael Bloomberg, gehört zum Wall-Street-Komplex. Er ist Besitzer eines auf Finanzinformationen spezialisierten Medienkonzerns.

Der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz berichtet von einem besonders missratenen Fall einer Privatisierung, die unter Bankeneinfluss durchgezogen wurde: Die US Enrichment Corporation, die Kernelemente für Atombomben und Atomkraftwerke herstellt, wurde 1997 privatisiert. Nach der Privatisierung wollte das Unternehmen Kosten sparen und verzichtete deshalb darauf, Material aus russischen Sprengköpfen zu kaufen und so das gefährliche, waffenfähige Uran aus dem Verkehr zu ziehen. Seither bleibt das Material in Russland, und das Risiko, dass es zur Bombenproduktion verkauft wird, ist gross. Stiglitz erklärt diese absurde Privatisierung, vor der er ausdrücklich gewarnt hatte, so: «Die Ideologie hinter der Privatisierung mag eine Rolle gespielt haben, finanzielle Interessen taten das ihre. Das für die Abwicklung der Privatisierung zuständige Unternehmen an der Wall Street hat viel Überzeugungsarbeit geleistet und saftige Gewinne eingestrichen.» Die Eigeninteressen der Investmentbanken dürften auch mitverantwortlich dafür sein, dass etwa die Hälfte aller Firmenfusionen nicht das erwünschte Ergebnis bringt. Die Banker haben ein handfestes finanzielles Interesse am Gelingen eines Deals, weil sie dann hohe Kommissionen einstreichen können. Im Zweifelsfall drängen sie ihre Kunden auch dann zur Übernahme, wenn der Preis dafür viel zu hoch ist. Je höher der Preis, desto grösser auch die Kommissionen.

Schweizer Banken made in USA

Auf dem Höhepunkt der Swissair-Krise im Herbst 2001 versuchte Finanzminister Kaspar Villiger einen Tag lang erfolglos, den UBS-Chef Marcel Ospel zu erreichen. Ospel war im Privatjet und später in New York für den Bundesrat nicht zu sprechen. Diese Episode zeigt überdeutlich, dass die Schweizer Grossbanken nur noch bedingt Schweizer Banken sind. Auch für die Abkehr vom traditionellen Kreditgeschäft ist das Beispiel Swissair illustrativ. So schreibt die Wirtschaftszeitung «Cash»: «Jetzt zeigt sich für die breite Öffentlichkeit, dass die Banken die Swissair gar nie finanziert haben. Bei 12 Milliarden Schulden steckt die «Hausbank» der Swissair, die CS, gerade mal mit 240 Millionen ungesicherten Guthaben drin. Das sind mickrige zwei Prozent! Stattdessen haben die Banken die finanzielle Verantwortung (gut vier Milliarden) mit Obligationenanleihen und Aktienemissionen an die Pensionskassen und Kleinanleger delegiert und dabei gut verdient.»

Die beiden Schweizer Grossbanken sind auch die beiden führenden europäischen Investmentbanken. Sie können als einzige aus Europa in der von US-Banken dominierten Topliga mithalten. UBS und CS erreichten ihre Stellung, indem sie sich spezialisierte Investmentbanken einverleibten. 1995 erwarb die Bankgesellschaft, die später mit dem Bankverein zur UBS fusionierte, die führende europäische Investmentbank Warburg, zwei Jahre später kam die US-Firma Dillon Read hinzu. Die CS hatte schon seit den Achtzigerjahren eine Beteiligung an der US-Bank First Boston, die sie später ganz übernahm.

Auf der Rangliste im Organisieren von Fusionen lag die Credit Suisse First Boston im Jahr 2001 weltweit auf Rang drei, UBS Warburg auf Rang sechs. Das Investmentbanking ist der zweitwichtigste Geschäftszweig der beiden Grossbanken, nach der Vermögensverwaltung für sehr reiche Privatpersonen (Private Banking, für Kunden mit einer halben bis einer Million US-Dollar frei anlegbarem Vermögen). Im Geschäft mit Normalsparern und Klein- und Mittelbetrieben in der Schweiz dagegen machen die Grossbanken teilweise sogar Verluste.

POST AUS PORTO ALEGRE

An die Freunde vom Public Eye
Die Regierung des Bundesstaates Rio Grande do Sul und das lokale Komitee des Weltsozialforums in Porto Alegre freuen sich, der wichtigen Veranstaltung Public Eye Grüsse zu übermitteln. Wir sind überzeugt, dass das Engagement für ein anderes Entwicklungsmodell, das wirtschaftlich erfolgreich ist sowie die Natur und die Würde der Menschen respektiert, eine andere Welt ermöglicht. Sei es am Weltsozialforum in Porto Alegre, sei es am Public Eye in New York. Nichts verhindert die Solidarität zwischen den Männern und Frauen, die die Welt zu einer besseren für alle machen möchten.

Miguel Rossetto, Vice-Gouverneur, Rio Grande do Sul; Chico Vicente, Gaucha Committee of the World Social Forum (vorgelesen am Public Eye)

POST VON BONO

Die Entschuldungskampagne «Jubilee 2000» hat gezeigt, was möglich ist, wenn gewaltlose Aktivisten, Popstars, Päpste und Politiker zusammenarbeiten. Es gibt Resultate. Aber unser wirkliches Ziel ist eine Welt mit einem gerechteren Wirtschaftssystem. Ich war eben in Uganda, wo die Entschuldung funktioniert – also müssen die Gläubiger mehr Schulden erlassen. Doch auch wenn alle Schulden erlassen würden, hätte Uganda nicht genug Geld, um die Grundversorgung zu gewährleisten. Das gilt für die meisten verarmten und marginalisierten Länder Afrikas. Wenn wir diesen Krieg gegen Ungerechtigkeit und Armut gewinnen wollen, müssen wir mehr Entschuldung erreichen, aber auch effektivere Hilfe und faireren Handel. Sorry, unser Flugzeug war verspätet.

Bono, Sänger von U2, in einer Botschaft ans Public Eye

AUSGESCHLOSSENE 1

Während sich die TeilnehmerInnen des World Economic Forum (WEF) im Nobelhotel Waldorf Astoria in der Welt der Reichen bewegten, zeigte das Public-Eye-Team keine Berührungängste mit den Ausgeschlossenen New Yorks. Im Habitat Hotel, in dem das Team untergebracht war, mietete die New Yorker Stadtverwaltung Zimmer für Obdachlose. Wie symbolhaft: Das Public Eye residiert Tür an Tür mit den Ausgeschlossenen der Gesellschaft, das WEF eingebunkert im Luxustempel.

AUSGESCHLOSSENE 2

Sich aus Solidarität gleich aus dem Hotelzimmer auszusperren, ist auf jeden Fall etwas übertrieben. Nach dem Duschen stand Evb-Mitarbeiter Andreas am Morgen früh mit nassen Haaren und im Pyjama vor verschlossener Zimmertür. Bald schon mühte sich ein halbes Dutzend Security-, Reinigungs- und Hotelpersonal mit der Tür ab, welche jedoch keinen Wank tat. Es gab ein Hin und Her, ob es jetzt an der Elektronik des Schliesssystems oder doch am mechanischen Teil des Schlosses lag. Alle Männer trugen fussballgrosse Schlüsselbünde mit sich herum – ob ein Schlüssel wohl helfen würde? Derweil klingelten hinter verschlossener Tür Telefon und Handy zugleich, und der Termin der Pressekonferenz rückte immer näher ...

DANKESCHÖN

Ein grosses und herzliches Dankeschön an nachfolgende Personen, die zum Gelingen der Public-Eye-Konferenz in New York beigetragen haben:



Graham Morrison (Bild links), nicest, most helpful photographer; Troy Davis, Elsässer und Weltbürger (siehe www.worldcitizen.org); Marcelo Lucca, Botschafter des Weltsozialforums; Urs Seckinger, Constantin Seibt, Miriam Behrens, Martin Boesch, Sarah Pounders,

Colleen Freeman, Carol Welch, David Waskow, Christine Cobb, Craig Bennett, Helen Burley, Matt Philipps, Adam Ma'anit, Victoria Tauli-Corpus, Thelma Awori, John Passacantando, Kenny Bruno, Aaron Goldzimer, Mara Vander-slice, Neil Watkins, Marta Benavides, Johari Abdul-Malik, Donna Katzin, Dessima Williams, Peter Laarman, Sharon Altendorf, Jason Cainglet, Marilyn Clement, Toni Juniper, Peter Madden, Sathyu Sarangi, Greg Palast, Yash Tandon, Clare Joy, Danny Schechter, Karen Nussbaum, Maria Riley, Sylvia Crystal, Graham Dunkley, Andrew Simms, Alexandra Wandel, Steve Keen, Bill Hartung, Adotei Akwei, Emmy Hafild, Tom Reifer, Jonathan Schell, Irene Khan, Goh Chien Yen, Ying Shao Loong

EVb

ERKLÄRUNG VON BERN

Erklärung von Bern, Quellenstrasse 25, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 01 277 70 00, Fax 01 277 70 01 info@evb.ch, www.evb.ch

